

Wer nichts zu sagen hat, ist in jedem Land fremd

Ein Essay zum deutschen (Wahl-)Herbst 2017

Jürgmeier

Wie mit den Siegern umgehen, das ist die deutsche Frage der Stunde. Aber die AfD ist wie alle andern eine Verliererpartei. Freie und offene Gesellschaften müssen die AfD aushalten. Allerdings: Ernst nehmen heisst auch, unterstellen, dass sie wissen, was sie tun.

AfD: 12.6%. Das sind die Sieger. Das ist das Volk.

«Sie sind da.» Meldet der *Spiegel* auf dem Cover der Sonderausgabe zu den deutschen Wahlen 2017. «Die AfD überrollt die Volksparteien.» Auf der Titelseite der *taz* schlägt am Montag, 25.9.2017, ein fast schon Zeus'scher Blitz ins Bundestagsgebäude, das selbst die linke *Tageszeitung* einen Tag später, und immer noch im Wahlkater, «Reichstag» nennt. Als hätte der letzte deutsche Kaiser nicht 1918 abdanken müssen.

Roger Köppel feiert die «historische Sensation» in der *Weltwoche* beinahe so enthusiastisch wie Trumps Wahlsieg. Der ihn, so Köppel selber, dazu brachte, «mit geballter Faust» durchs Büro zu tanzen. Jetzt wittert er «Frischluff unter der Käseglocke», nennt die 12.6% der deutschen «Chaostruppe» eine «historische Sensation» und einen «Dambruch der Demokratie». Die *Wochenzeitung WoZ* titelt: «Im völkischen Gruselkabinett». Obwohl keine und keiner der Rechtskonservativen beziehungsweise -radikalen am Regierungstisch Platz nehmen wird. Sie werden demnächst, stolz auf unser Deutschland, nur in den Parlamentssaal einziehen. Matthias Matussek, der ehemalige *Spiegel*-Journalist und «versehentliche Linke» (Matussek über Matussek, *Wikipedia*), fährt in der *Weltwoche* schier aus der Haut: «Rums! Das war eine Detonation, die die Fenster rausgehauen hat. Wie schön!» «Der Souverän» habe sich «unmissverständlich gemeldet» und mit 12.6% der Stimmen (= der Souverän) die «neue Volkspartei» gewählt.

In Demokratien ist das Volk viele

Beispiele dafür, wie die AfD – aus Begeisterung oder Angst – grösser gemacht wird, als sie ist. Denn die sich laufend nach rechts häutende *Alternative für Deutschland* steht «keinesfalls vor den Toren der Macht». Deutschland, analysiert der Historiker Paul Nolte

im *Tagesanzeiger* gelassen, habe sich nur «etwas an die europäische Normalität angepasst» (29.9.2017). Und da sitzen «die Rechten» schon lange in staatlichen Entscheidungsgremien, teilweise mit weit höheren Stimmanteilen. In der Schweiz beispielsweise ist die *SVP* mit einem Stimmenanteil von fast 30% die grösste aller Parteien und höklet mit zwei Vertretern im Bundesratszimmer.

Wer für sich beansprucht, «das Volk» zu vertreten oder gar brüllt «Wir sind das Volk», gehört an so einem demokratischen Wahlabend zu den Verlierern. Denn mit 33% (*CDU/CSU*), 20.5% (*SPD*), 12.6% (*AfD*), 10.7% (*FDP*), 9.2% (*Linke*) und 8.9% (*Grüne*) hat niemand das Mandat «des Volkes» erhalten, die eigene Utopie kompromisslos zu verwirklichen. Gewinnt eine Partei mehr als die Hälfte der Stimmen, denken wir an das vergangene Bayern. Sind es nach Auszählung gar 90 oder mehr Prozente für eine Partei, so dass sich diese statistisch mit einigem Recht als «Vertreterin des Volkes» bezeichnen könnte, vermuten wir manipulierte Rouletteräder oder diktatorische Verhältnisse.

Aber in einer Demokratie wählt «das Volk» – das nach Meinung von *AfD* und *SVP* ein von «Altparteien» beziehungsweise «Eliten» verratenes ist – keineswegs ausschliesslich Angehörige jener Parteien, die für sich beanspruchen, als einzige den Volkswillen zu vollstrecken. «Damit die Schweiz die Schweiz bleibt» (*SVP*). Das tut «das Volk» eben nicht. Weil «das Volk» in einer Republik viele ist. Das heisst, bei Wahlen und Abstimmungen stehen sich multiple, einander widersprechende Visionen gegenüber. Keine erhält grünes Licht ohne Wenn und Aber. Die Demokratie lässt keine «grossen Würfe» zu. Auch weil es dafür Zeit, viel Zeit brauchte. Mehr als für die partizipative Planung eines Wochenendausflugs mit sechs Leuten. Mehr als für die basisdemokratische Erarbeitung einer Altersreform, die an der Urne nicht scheitert.

Wenn die Wählenden die Puppen tanzen lassen

In unseren schnellen Zeiten – in denen wir jeden November die Krankenkasse wechseln, in den Tempeln des Konsums das ganze Jahr über «abstimmen» und auf *Facebook* im Minutentakt das «Gefällt mir» verteilen oder verweigern können – lassen die Wählenden die Parteien, in einer Art Casting, wie die Puppen tanzen. Konsumenten-Daumen hoch, Konsumentinnen-Daumen runter. Indiz dafür sind Sätze, die sich Politiker und Politikerinnen selber in Talkshows gerne gegenseitig um die Ohren schlagen: Ihr hättet vier Jahre Zeit gehabt, die Atomkraftwerke abzustellen und den Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern zu helfen.

Politik droht in solchen Verhältnissen – aus Angst, mit dem Festhalten an eigenen Utopien, als gestrig zu gelten – zur Marionette eines phantasierten oder per Marktforschung ermittelten Wählerwillens zu werden. Was allemal noch besser ist, als wenn, umgekehrt, Bürgerinnen und Bürger als Untertanen behandelt werden oder (mehr oder weniger freiwillig) irgendwelchen Rattenfängern – die durchaus auch -fängerinnen sein können – hinterherlaufen.

Aber Platz und Zeit für die Entwicklung beziehungsweise gewaltfreie Umsetzung ganzheitlicher Utopien bleibt da wenig. Und das ist für jene, die hier und jetzt auf «grosse Würfe» (in welche Richtung auch immer) angewiesen sind – weil sonst ihr Leben ein bedrohtes bleibt, weil sie sich nach sicheren Welten sehnen, weil ein gelebtes Leben erfüllte Träume mit einschliesst –, enttäuschend, ja, katastrophal. Die Demokratie ist für sie eine Zumutung – ohne Alternative. Denn die hiesige – Diktatur. Und da haben die Kälber noch immer ihre eigenen Metzger gross gemacht.

Die Gefahr ist nicht die AfD, sondern die Angst vor ihr

Wer jetzt hofft, die AfD werde im parlamentarischen Alltag scheitern und sich in internen Flügelkämpfen selbst zerlegen, wer vorschnell auf einen Absturz von Deutschlands neuen Rechten setzt, der oder die sollte sich, bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Verhältnisse, an die Entwicklung der *Schweizerischen Volkspartei* erinnern. Ihr hatte Helmut Hubacher, der ehemalige Präsident der *SP Schweiz*, das Ende des Aufstiegs prophezeit, als sie noch einseitige Wahlergebnisse erzielte. Aber nicht einmal die gut eidgenössische Rechtspartei schafft es bei Wahlen, auch nur in die Nähe der absoluten Mehrheit zu kommen.

Die eigentliche Gefahr ist nicht die AfD und ihre unmittelbar bevorstehende «Machtergreifung», sondern die Angst vor ihr. «Man darf diese Kräfte nicht grösser machen, als sie sind. Und am grössten macht man sie, indem man sie kopiert.» Gibt der frühere Präsident der *SP Schweiz*, Hans-Jürg Fehr, im *Tagesanzeiger* vom 28. September zu Protokoll. In einer Art vorausseilendem Kniefall vor den «besorgten Bürgerinnen und Bürgern» werden die Rechtskonservativen – teilweise bis in linke Parteien hinein – imitiert. «Die anderen Parteien werden sich an ihr [der AfD] orientieren müssen, und sie haben damit auch schon angefangen, namentlich in der Flüchtlingsfrage.» Reibt sich Matussek in der *Weltwoche* die Hände. Der verquere, ja, zynische Versuch, den neuen Nationalistinnen und Nationalisten durch Übernahme ihrer Inhalte sowie Imitation ihrer Menschenverachtung Stimmen abzugewinnen, scheitert zwar regelmässig – auch wenn es die *CSU* trotz ihres jüngsten Wahlergebnisses immer noch nicht wahrhaben will –, aber er verrückt die politischen Koordinaten generell nach rechts. Bis selbst *CVP* und *FDP* einst Gutbürgerlichen als links erscheinen.

Abwehr qua Annäherung

Alan Cassidy und Philipp Loser machen in ihrem *Tagi*-Artikel «Die Deutschen in der Blocher-Falle» auf eine weit über das Parteipolitische hinausgehende «Verschiebung des Grundtons» aufmerksam: «So wie sich die Parteien nach rechts anpassten, taten das auch die Medien. In der Themensetzung – die Geschichten über Ausländer, Kriminelle und eine Kombination von beidem wurden häufiger –, im Ton, in der Kommentierung.»

Dies trotz (oder wegen) gleichzeitig gegenläufiger Entwicklungen. Hin zu mehr individueller Autonomie und sozialer Inklusion (Ehe für alle, barrierefreie Zugänge in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen, multikulturelle Öffnung u.a.). Hin zu soziokultureller Buntheit und Geschlechter-Vielfalt.

Die Strategie «Abwehr qua Annäherung» zeigt sich insbesondere in der Migrations- und Europapolitik. Mit dem Slogan, man dürfe Ausländer- und Flüchtlingspolitik nicht den Rechten überlassen, ist das Asylrecht schrittweise verschärft worden, werden offene Grenzen wieder geschlossen, Menschen mit «Rücknahmeabkommen» und «Flüchtlingsdeals» mit menschenverachtenden Regimes buchstäblich verschachert. Ohne die immer wieder erneuerte Absichtserklärung, die Ursachen von Flucht vor Ort zu beseitigen, auch nur ansatzweise einzulösen. Hauptsache – aus den Augen, aus dem Sinn. Und weil es nicht gelungen beziehungsweise nie ernsthaft versucht worden ist, die Anhäufung grosser Reichtümer zu beenden, ökonomische und soziale Ressourcen radikal, das heisst an der Wurzel gerechter zu verteilen, werden Flüchtende und andere Migrantinnen diffamiert.

Sie wollten es sich bei uns auf Kosten der «kleinen Leute» (wieso eigentlich nicht der «reichen Säcke»?) – die mit ihren bescheidenen Löhnen beziehungsweise Renten (jetzt plötzlich) nur knapp über die Runden kämen – gemütlich machen, indem sie in unsere Sozialsysteme einwanderten. Als würden sie eine Ferienreise planen. Diesen «Schmarotzern» haben nun auch die Zürcherinnen und Zürcher bei den jüngsten Abstimmungen die rote Karte gezeigt. Statt 900 Franken Sozialhilfe erhalten vorläufig Aufgenommene künftig nur noch 360 Franken Nothilfe (*Tagesanzeiger*, 25.9.2017). Im Monat. Und der bayrische Staatsminister für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat, Markus Söder (natürlich CSU), besteht in der Sendung *Anne Will* mit dem Titel «Nach der Protestwahl – Wäre Jamaika die richtige Antwort?» darauf, soziale Sicherheit und Zuwanderung müsse immer zusammen gedacht werden. Im Klartext – soziale Sicherheit gibt es nur mit einer Obergrenze.

Die Angst vor der politischen Union Europa

Aus Angst vor der Rückkehr des Nationalismus und vor brexit-ähnlichen Tendenzen ausserhalb Grossbritanniens wird die Fahne der bei der Gründung angedachten politischen Union Europa nur noch sehr verhalten hochgehalten. Stephan Israel registriert im *Tagesanzeiger* vom 27. September deshalb überrascht, Emmanuel Macron habe in seiner Europarede als erster Präsident Frankreichs «eingestanden, dass es selbst für das stolze Frankreich echte Souveränität nur noch als Teil der EU gibt». In der Schweiz ist es der SVP gelungen, die «Euroturbos» – die sie als Landesverräterinnen diskreditiert – derart in die Defensive zu drängen, dass auch die überzeugtesten Befürworter eines EU-Beitritts, darauf angesprochen, regelmässig stammeln: «Morgen, morgen, nur nicht heute.» So sehr ist ihnen die Diffamierung Brüssels als Wiedergänger des Schillerschen Gessler in die Knochen gefahren.

An der Feier «60 Jahre Römische Verträge» am 21. März 2017 in Brüssel ist es der Schriftsteller, Robert Menasse, der die Grundidee Europas ohne Wenn und Aber ausspricht: «Die Idee des Europäischen Projekts ist die Überwindung des Nationalismus, am Ende die Überwindung der Nationen! Was ist so kompliziert und unverständlich daran, es laut zu sagen: Es geht um die Souveränität der europäischen Bürgerinnen und Bürger, und nicht um die Souveränität von Nationen. Warum wird das nicht selbstbewusst gesagt, warum wird hilflos zugeschaut, wie die Nationalisten an Boden gewinnen, warum macht man ihnen Konzessionen, statt ihnen entgegenzutreten mit den besseren Argumenten: wir haben die historische Erfahrung mit dem Nationalismus, er hat diesen Kontinent in Schutt und Trümmer gelegt und unermessliches Leid über Abermillionen von Menschen gebracht. Nationalismus ist keine schöne Utopie, schon gar kein Menschenrecht, sondern ein historisches Verbrechen... Der Nationalismus ist nicht die Lösung, er ist das Problem!»

Diese Utopie Europas geht weit über eine Freihandelszone hinaus, und vermutlich müssten auch die politisch Verantwortlichen den Mut haben, für diese gesellschaftliche Vision zu werben statt die Mitgliedschaft in der EU beziehungsweise gute bilaterale Beziehungen zu ihr auf wirtschaftliche Vorteile zu reduzieren und Menschen zu ökonomischem Material zu degradieren. Auch und gerade in Zeiten, in denen die Schweizer Nationalkonservativen einen tragenden Pfeiler des europäischen Binnenmarktes zertrümmern wollen – die Personenfreizügigkeit. Die Freiheit soll, wenn es nach der SVP geht, nur noch für Waren, Dienstleistungen und Kapital gelten. «Wir haben immer noch die Arbeitskräfte bekommen, die wir brauchten.» Versucht SVP-Strategie und Unternehmer Christoph Blocher die am 22.9.2017 im Arena-Studio verzweifelt für die Personenfreizügigkeit kämpfenden Firmenchefs zu beruhigen.

Da wird sichtbar, was diese globalisierten Patrioten und Patrioten sowie jene, die ihnen nach dem Mund reden, wollen – einseitig geschlossene Grenzen (damit uns die Freiheit für unsere Kreuzfahrten und Wellness-Aufenthalte in den Armenhäusern der Welt erhalten bleibt), mit Schlupflöchern für Waren und Geld, reiche Investoren, erfolgreiche Expats und gute Steuerzahlerinnen; billige Arbeitskräfte für unsere ausgelagerten Produktionsstätten und Dienstleistungen, am liebsten weit hinten in Vietnam oder ganz unten in Afrika. Und wenn wir die Fremden irgendwann doch noch in unserem Land brauchen sollten – für menschliche Nutztiere haben auch die grössten Nationalisten noch immer ein Hintertürchen gefunden. Aber nicht für Menschen mit eigenen Hoffnungen und Träumen. So war Europa eigentlich nicht gemeint.

(Keine) Toleranz für Intoleranz – auch für die AfD

Sie sind längst wieder in der europäischen Politik angekommen. Die Rechtskonservativen. Die Rechtsradikalen. Jetzt auch in Deutschland. Und selbst wenn sie nicht wirklich Siegerinnen sind – die Frage der Stunde lautet: Wie mit AfD & Co. umgehen? Die Formulierung erinnert ein wenig an das ratlose «Wie mit diesem verhaltensauffälligen Jugendlichen umgehen?» Ist die AfD ein Erziehungsproblem?

Wenn die AfD Normalität wird

Wie mit der AfD umgehen? – Bekämpfen? Kopieren? Ignorieren? Ausgrenzen? Mit ihnen diskutieren? Sie zwingen, über andere als ihre Lieblingsthemen zu reden? In einer der vielen Nach-Wahl-Talkshows fordert eine Vertreterin der Comeback-Partei FDP, es dürfe nicht Normalität werden, dass die jetzt auch da sitzen. (Das sei, schiebt sie empört nach, schon bei der Linkspartei geschehen.) Abgesehen davon, dass AfD-Mitglieder schon lange und ganz selbstverständlich in TV-Runden thronen – jetzt wird es normal werden, dass sie im deutschen Bundestag reden, dass Mitglieder anderer Parteien mit ihnen in der Kaffeepause vor dem Gipfelstand warten und über die Fussball-WM parlieren. Auch aus Angst, dass Alexander Gauland – der sich zum dominierenden Gesicht der AfD provoziert hat – mit dem Satz «Die Behandlung, die Sie uns alle angedeihen lassen, bringt uns nach oben» recht bekommt.

Was wäre die richtige Behandlung der AfD? – Ist die AfD krank? In einer anderen Runde reden die versammelten Gäste lange über den Wahlausgang. Natürlich auch über das Resultat der Newcomers. Gauland (schon wieder) – der nach den ersten Hochrechnungen die Jagd eröffnet hat – schweigt und höckled gelassen, merkt irgendwann an, es werde viel über die AfD, aber nicht mit ihnen geredet. Soll man, muss man mit AfD-Leuten reden? Wie mit der AfD umgehen? Heikle Fragen. Sie wirken, zum einen, dünnhäutig (Stichwort Elite) und machen, zum anderen, die AfD, ihre Ideologen und ihre Wählerinnen zu etwas Besonderem. Sie liefern Material für das propagandistische Gejammer der AfD, man dürfe die Wahrheit, dürfe nicht mehr sagen, was man denke.

Die Nazis sind die Vergangenheit...

Wie mit der AfD umgehen? – Das haben andere schon mit Blick auf ganze Völker gefragt. Die Frage nach dem «Umgang mit», zum Beispiel der AfD, stellen jene, die sich (noch) mächtig und in Sicherheit wähnen. Nach 1933 hätte niemand gefragt «Wie mit den Nazis umgehen?». Da war die bange Frage: Wie werden die Nazis mit uns umgehen?

«Mit der AfD ziehen keine geifernden Nazis in den Bundestag ein, sondern mehrheitlich brave Bürger», schreibt Wolfgang Koydl in der *Weltwoche* vom 18. September 2017.

Aufgrund seiner Recherchen an der Wahlparty kommt er zum Schluss, hier sei «ein Querschnitt der deutschen Gesellschaft versammelt: Angestellte, Handwerker, Lehrer, mittelständische Unternehmer». Das ist nicht wirklich beruhigend. Die wenigsten Nazis waren geifernde Nazis. Auch sie waren «Querschnitt der deutschen Gesellschaft», die Schlächter «ganz normale Männer». Der Faschismus ist das Menschenmögliche.

«Soll man die AfD eine Nazipartei nennen?» Fragt die deutsche *Tageszeitung* am 27. September. Gereon Asmuth verweist auf «einschlägige Foren», in denen AfD-ler (und womöglich auch AfD-lerinnen) verkünden würden, «wer als Erstes dran sein soll». Das sei «Nazi-Jargon in Reinform». Und: «Wer redet wie ein Nazi und wer handelt wie ein Nazi – ist ein Nazi. Und eine Partei, die Nazis eine Plattform, ja sogar Spitzenpositionen bietet, ist eine Nazi-Partei.» Punkt. Johanna Roth entgegnet, solche Vergleiche – «auch wenn sie angesichts übler Rassisten in AfD-Kreisen angebracht scheinen mögen» – seien «grundsätzlich falsch, ziehen sie doch mit einer Parallele zu den Tätern immer auch eine zu den Opfern. Das relativiert den Holocaust und würdigt dessen Opfer herab.»

...die AfD hat eine unbekannte und unbenannte Zukunft

Im Klartext: Wer Auschwitz instrumentalisiert, um aktuelle Menschenverachtung und verbale Gewalt (androhungen) zu skandalisieren, wird einerseits zur Wasserträgerin der Holocaustleugner, andererseits erscheint der alltägliche Rassismus und die ganz normale Hassrede in diesem grellen Scheinwerferlicht plötzlich als harmlos. Unter Treblinka machen wir's nicht. Das ist respektlos gegenüber den Millionen Gemordeter und den Überlebenden jener Zeit. Wer bei der Kritik von Nationalkonservativen und Rechtsradikalen regelmässig die Nazikeule schwingt, nimmt dem Begriff und der (glücklicherweise) vergangenen Realität den Schrecken. «Dann sind wir halt Nazis, wird es irgendwann heissen.» Schreibt Johanna Roth und erinnert an die «Wutbürger von Heidenau», die sich Sigmar Gabriels «Pack» (für rechte Randalierer) wie einen Orden ansteckten und Bundeskanzlerin Angela Merkel zuriefen: «Wir sind das Pack» (*taz*, 27.9.).

Die AfD ist keine Nazipartei. Die Nazis sind Vergangenheit. Die AfD ist rassistische und faschistoide Gegenwart. Aber sie bedroht ihre Gegner und Gegnerinnen nicht mit paramilitärischen Kampftruppen. Ihre Führungsleute rufen nicht zur Gewalt auf, kündigen keine Feldzüge und Vernichtungsprogramme an. Die unbeantwortete Frage ist – folgt dem Hass der Strasse das Geschrei in den Parlamenten, der menschenverachtenden Sprache die ausgeübte Gewalt? Die AfD hat das Potenzial für eine Zukunft, die noch unbekannt ist und unbenannt bleiben muss.

Noch können wir hoffen, dass die Sätze von Erich Kästner aus dem Jahre 1958 nicht noch einmal aktuell werden: «Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf» (Zitat aus der *taz* vom 25.9.).

Demokratische und multikulturelle Gesellschaften müssen AfD & Co. aushalten

Wenn der neue deutsche Bundestag noch vor Ende Oktober zum ersten Mal zusammenkommt, wird nicht (wie bisher) das betagteste Mitglied die Sitzung als Alterspräsident eröffnen, sondern der amtsälteste Abgeordnete – das ist Noch-Finanz-Minister Wolfgang Schäuble, CDU. Mit diesem Buebetrickli hat der scheidende Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) verhindert, dass der «Holocaust-Relativierer Wilhelm von Gottberg» (*Tagesanzeiger*, 26.9.) von der AfD für zwei bis drei Stunden das deutsche Parlament leitet. Eine parteiübergreifende Initiative aus Kultur und Politik warnt laut *Spiegel*, 27.9., davor, «der AfD den Vorsitz im Kulturausschuss zu übertragen. Es dürfe nicht passieren, dass eine (rechtsradikale Partei) an einer der sensibelsten Stellen des parlamentarischen Systems ihr (nationalistisches Gift) injiziere...»

Solche Winkelzüge stützen zum einen das AfD-Narrativ der tapferen Ausgegrenzten, zum anderen verraten sie einen beklemmenden Mangel an Vertrauen in Vision beziehungsweise Praxis einer freien und demokratischen Gesellschaft, in der Toleranz auch gegenüber jenen gilt, die lautstark «Keine Toleranz für Intoleranz» fordern. Wer zu Ausgrenzung und Verbot greift, macht die AfD grösser als sie ist und unterstellt – zu Recht oder Unrecht –, breite Teile der Bevölkerung seien durch rassistische Ideologien beziehungsweise faschistoide Inszenierungen verführbar oder, schlimmer noch, die Wurzeln von Rassismus und Faschismus seien in unseren Kulturen noch immer verankert. «Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch» (Bertolt Brecht). Aus dieser ängstlichen Perspektive erscheint das Menschenfeindliche als die emotional stärkere Kraft als die Utopie der Freiheit, Gerechtigkeit und Vielfalt, welche unsere Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten mit-geprägt hat.

Dieses aus ihrer Sicht «rot-grün verseuchte 68er-Deutschland» (Jörg Meuthen, Bundessprecher AfD) – «verschwelt, vergendert, geschlechtsgrenzenauflösend» – sei für die Rechtskonservativen «ein Horror», schreibt Jan Feddersen am Montag nach der Wahl in der *taz*. Und plädiert für Gelassenheit gegenüber jenen, die sich als Siegerinnen feiern und an die Wand gemalt werden: «Die AfD wird nichts ändern können, ihr gemeinsamer Hass ist solitär und einer von Verzweifelten. Sie werden sich mit dem neuen Deutschland arrangieren müssen, sie sind auch lifestylich nie mehr als Verlierer gewesen – selbst dann, wenn sie aktuell ein Siebtel der Stimmen gewinnen sollten.» Umgekehrt wird sich das «neue Deutschland» – das auch ein widersprüchliches ist – mit der AfD arrangieren müssen. Demokratische und multikulturelle, aufgeklärte und offene Gesellschaften müssen AfD & Co. ebenso aushalten wie (andere) fundamentalistische religiöse und politische Bewegungen.

Aber die von Rechtskonservativen gegenüber Angehörigen anderer Kulturen gerne eingeforderte Anerkennung «europäischer Werte» muss auch ihnen selbst abverlangt werden. Das heisst, es gilt das Primat der Menschenrechte und der Verfassung vor politischer sowie religiöser Freiheit in Rede und Praxis. Direkt Betroffene müssen konsequent vor rassistischer, menschenverachtender, Gewalt androhnender Rede und Tat geschützt

werden. Wenn ein Alterspräsident der *AfD* im deutschen Bundestag nationalistische Visionen verkünden würde, wäre das zu ertragen; wenn er rassistische Diffamierung betriebe oder den Holocaust leugnete, müsste ihm das Wort entzogen werden, wäre er auch als «gewöhnliches» Ratsmitglied nicht mehr tragbar.

(AfD-)Wählende ernst nehmen, heisst auch – ihnen widersprechen

Es ist, in diesen Tagen, viel von Verstehen beziehungsweise Ernstnehmen der *AfD*-Wählerinnen und -wähler – die ausserhalb Deutschlands andere Namen tragen – die Rede. Mit gutem Grund. Das Verstehen kann die Angst vor dem und denen, die uns bedrohen, kleiner machen. Das Ernstnehmen lindert, womöglich, die Wut der Hassenden. Aber verstehen bedeutet nicht Einverständnis. Jemanden verstehen, kann auch zu klarer Abgrenzung führen. Und ernst nehmen heisst, die *AfD*-Wählenden nicht (überheblich) als «Verführte» oder ökonomisch beziehungsweise kulturell «Abgehängte» zu interpretieren, sondern davon auszugehen, dass sie als Bürgerinnen und Bürger eines freien, demokratischen Staates wissen und wollen, was sie tun. Zum Beispiel Rechtsradikale und Rassistinnen in den Bundestag wählen. Die Reden der Höckes, Gaulands, Weidels, von Storchs, Petrys u.a. können nachgelesen beziehungsweise auf *Youtube* angeschaut werden. Die ehemalige Führungsfigur Frauke Petry verlässt jetzt eine Partei, die sie auf rechten Kurs gebracht und aus der sie einen Teil der «gemässigten» Parteigründer verdrängt hat. Weil sie, ihre Partei, zu extrem geworden sei. Wie weit nach rechts geht das noch?

«Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen!»

Ernst nehmen bedeutet auch, sie beim Wort derer zu nehmen, denen sie ihre Stimme geben. Zumal Alexander Gauland, neu Co-Fraktionschef der *AfD* im nationalen Parlament, im Interview mit der Wochenendausgabe der *Aargauer Zeitung* – auch wenn sie sich «natürlich» an «parlamentarische Gepflogenheiten halten» würden – bekräftigt, er und seine Partei meinten, was sie im Wahlkampf gesagt: «Sie können nicht erwarten, dass wir uns in der Haltung, für die wir gewählt wurden, in irgendeiner Form mässigen» (30.9.2017).

Aufmerksamkeit holte sich der Mann mit der Hündli-Krawatte am Wahlabend mit der Drohung «Wir werden sie jagen!» – Ein Satz für seine brüllende, klatschende, pfeifende Anhängerschaft. Im *Tagesanzeiger* beruhigt er – «Är biisst nöd, är wott nu schpille» – die Empörten am 5. Oktober: «Das ist metaphorisch gemeint. Ich werde doch als 76-Jähriger nicht die Kanzlerin mit der Flinte durchs Land jagen.» Zum Glück ist er nicht mehr 30. Interessanter als dieser «Earcatcher» ist der Nachsatz: «Wir werden uns unser

Land und unser Volk zurückholen!» Ist Deutschland – das ein «Land von Fremden» werde (*Tagesanzeiger*) – besetzt, das deutsche Volk entführt worden? Welches Land will Gauland – diese kleine Boshaftigkeit muss bei allem Verständnis erlaubt sein – zurückholen? Deutschland vor der «Flüchtlingsschwelle»? Welcher? Die DDR-Flüchtlinge meint der ehemalige «Republikflüchtling» nicht. Denn: «Es ist etwas völlig anderes, wenn ein Eritreer hier ankommt oder wenn ein Deutscher nach Deutschland geht» (*Aargauer Zeitung*). Von Eritrea nach Deutschland ist es weiter, dafür hat's nur ein Meer und keine Mauer wie, damals, von Ost nach West. Welches Land und welches Volk wollen sich diese Neurechten, die nichts mit den «Altparteien» zu tun haben wollen, zurückholen? Deutschland noch mit der D-Mark, also ohne *AfD*, die 2013 gegen den Euro gegründet worden ist? Deutschland vor der Wende – mit Honecker oder lieber mit Ulbricht? Bevor die «rotgrüne Verseuchung» durch die 68er begann (Jörg Meuthen am Bundesparteitag der *AfD* in Stuttgart, 1.5.2017)? Vor Gründung der Europäischen Union? Vor der «Niederlage» 1945? Vor 1933, damit es kein «Denkmal der Schande» braucht? Oder vor 1789, bevor diese Sache mit der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, neuerdings gar der Schwesterlichkeit, begann?

«Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz»

«Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.» Der Satz klingt wie eine Drohung. Welches «Wir» holt sich welches Deutschland und welches Volk zurück? Wem gehört Deutschland jetzt? Wem will Gauland das deutsche Volk abjagen? Und was meint er mit «zurückholen»? So wie sich die Russen die Krim zurückgeholt haben? Der Satz gehört in einen Kontext. Ist Teil des Versuchs, den Nationalismus – der durch das grosse Morden im 20. Jahrhundert endgültig diskreditiert schien – zu rehabilitieren. Der Nationalismus begründet den Mythos, die Nation, das Vater- oder Mutterland könne uns Heimat sein, indem es alles Trennende (Oben und Unten, Frau und Mann, Zentrum und Peripherie usw.) versöhne. Die Konstituierung des nationalen Wir-Gefühls ist das Resultat des erfolgreichen Versuchs, die unteren Klassen für die Interessen der Mächtigen in aller Welt zu vereinnahmen und sie auf den nationalen Eid zu verpflichten. Das ist Loyalität gegenüber der Macht hinter der Landesfahne. Auf dass in Kriegszeiten die Bomben nicht auf die Bunker der Oberen, sondern die Hütten feindlicher Frauen, Männer und Kinder programmiert werden.

Der Satz Gaulands ist Teil des Versuchs, die deutsche Geschichte neu zu schreiben. Gleich Björn Höckes erinnerungspolitische Wende um 180 Grad [siehe *Infosperber*: Mehr als eine «Schande» – Höckes *AfD*-Deutschland]. Diese würde Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus definitiv auslöschen. Und Gauland könnte endlich wieder stolz auf «die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen» sein. Ein Recht, das er am 2. September 2017 in seiner Rede beim sogenannten Kyffhäusertreffen in Thüringen eingefordert hat. Um dann Tacheles zu reden: «Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten, sie betreffen unsere Identität nicht mehr.» Das ist eine späte Replik auf

das Diktum des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck am Holocaust-Gedenktag im Januar 2015: «Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.» Aber das ist nicht das Land und das Volk, das sich die Gauländer zurückholen wollen.

Wer nichts zu sagen hat, ist in jedem Land fremd

AfD-Wählerinnen und -Wähler ernst nehmen, heisst vor allem anderen, sie darauf zu beharren, dass sie wissen, wen und was sie wählen. Und mit ihren Stimmen für Gauland, Höcke & Co. nicht nur ein bisschen provozieren und spielen wollen. Ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen, kann nicht bedeuten, ihnen nach dem nationalkonservativen Mund zu reden und nach der rechtsradikalen Pfeife zu tanzen. «2009 bekam die Linke 11.9 Prozent der Stimmen», erinnert sich Walter Wüllenweber am 28. September auf *Stern online*, «doch damals kam niemand auf die Idee, über den Austritt aus der Nato nachzudenken oder eine Millionärssteuer einzuführen, um den Wählern der Linken zu zeigen, dass man ihre Sorgen ernst nimmt.» Oder, in der Schweiz, wegen der zweitgrössten Partei den Kapitalismus ein wenig zu überwinden.

Die vorausseilende Anpassung an AfD-Positionen, zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik, weckt den Verdacht, es ginge weniger um das Ernstnehmen der Sorgen und Ängste ihrer Wählerinnen und Wähler, sondern vielmehr um den eigennützigen Versuch, Stimmen zurückzugewinnen, schlimmstenfalls durch Preisgabe eigener Visionen. Vielleicht aber wird die AfD auch nur als Feigenblatt benutzt, um in unsicheren Tagen die in besseren Zeiten hoch gehaltene internationale Solidarität durch nationalistische Illusionen zu ersetzen. Das wäre ein Zeichen, aber kein gutes. «Wenn ein Land wegen 890'000 Geflohener in Kauf nimmt, dass Rechtsextreme in ein Parlament ziehen, was wird es tun, wenn mal wirklich eine Krise droht?» Fragt Mely Kiyak auf *Zeit online* am 25. September besorgt.

Ernst nehmen – das wäre das Eingeständnis, dass auch uns manchmal vieles und viele zu viel werden, die Welt zu gross erscheint, dass wir zuweilen Angst bekommen, uns dann nach einem sicheren und gemütlichen Weltchen sehnen; dass wir uns fremd fühlen, wenn in Radio und Fernsehen englische Aussagen nicht mehr übersetzt werden, arabische und thailändische Sprachfetzen durch den Bus schwirren; dass auch wir uns nicht ernst genommen fühlen, wenn die realen Verhältnisse so gar nicht unseren Träumen entsprechen. Denn wer nichts zu sagen hat, ist in jedem Land fremd.

Keine schnellen und einfachen Lösungen

Neue Technologien, flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, unsichere Erwerbslagen, mehr internationale Mobilität (nicht nur in den Ferien), verdichtetes Wohnen, immer unübersichtlichere Geld- und Warenströme, der (gefühlte) näher rückende Krieg sowie ungewisse Zukünfte konfrontieren uns mit einer sich rasant verändernden und zunehmend un-

vertrauter werdenden Alltagswelt, in der sich viele nicht (mehr) zurechtfinden. Verstärkt wird das Gefühl des Fremdseins durch die Bedrohungen und Gefahren, die unsere Zeit prägen. All dem fühlt sich die Mehrheit der Menschen ausgeliefert, den dafür in erster Linie Verantwortlichen gegenüber ohnmächtig. Da erscheinen die machtlosen Fremden als willkommene Sündenböcke. Sie sind die sichtbarste Verkörperung einer fremd gewordenen Welt. Die von draussen werden für das Gefühl, unsere eigene Welt werde uns immer fremder, verantwortlich gemacht und ausgegrenzt. «Wir werden unser Land und unser Volk zurückholen.»

Ernst nehmen heisst aber auch, den AfD-Wählenden zu widersprechen, ihnen (und uns) abzuverlangen, die ohnmächtige Wut auf das und jene zu richten, die für die nationalen und internationalen Verhältnisse verantwortlich sind, statt auf jene, die unter den ökonomischen und sozialen Ungleichheiten weit mehr zu leiden haben als wir. «Wie gut muss es einem Land eigentlich noch gehen, wie viel mehr Freiheit und Sicherheit und Wohlstand und Demokratie und Bildung und Zivilisiertheit muss man noch erreichen, damit Menschen sich nicht mehr von fremdenfeindlichen Szenarien aufhetzen lassen?» Ruft die Schriftstellerin Juli Zeh «den Deutschen» im Herbst 2017 auf *Spiegel online* zu.

Die «Aufgehetzten» beziehungsweise jene, die sich aufhetzen lassen oder selber hetzen, ernst nehmen, heisst, ihnen zuzumuten, was sie längst ahnen und wissen (müssen), aber nicht wahrhaben wollen – dass es keine einfachen und schnellen Lösungen für das gibt, was ihnen und uns Angst macht. Dass diese Welt auf lange Sicht auch von Flucht- und Migrationsbewegungen geprägt sein wird, welche die direkt Betroffenen und uns immer wieder «überfordern» werden. Dass die soziale Frage nur international «gelöst» werden kann, weil es kein Zurück zu «unserem Deutschland» (oder unserer Schweiz) gibt. Dass wir diese Welt, auch wenn unsere Arbeitsplätze und Renten nicht sicher sind, irgendwie teilen müssen. Weil es nur diese eine gibt. Für uns alle. Dass in einer Welt, in der, auch mit Absicht und Gewinn, alles miteinander verflochten ist und alle voneinander abhängig sind, der Mut zur Utopie die einzig realistische Perspektive ist. Das ist auch ein menschengerechter «Umgang» mit Flucht und Migration. Mit den Menschen hier und den Ursachen dort. Auch und gerade in unsicherer Zeit.

Dieser Text wurde 2017 erstmals auf «www.infosperber.ch» publiziert.